

ALEXANDER GALKIN

Nach dem Zweiten Weltkrieg: Freigeräumte Wege und nicht beherzigte Lehren

Jeder Krieg, auch der gerechteste, ist immer eine Tragödie – für den einzelnen Menschen, für die Völker, für die Menschheit als Ganzes. Seine unvermeidlichen Folgen sind unzählige Menschenopfer, gebrochene Schicksale, zerstörte Städte und Dörfer, eine zerrüttete Wirtschaft. Und doch blieb der Zweite Weltkrieg – und für unser Land der Große Vaterländische Krieg – im Gedächtnis der Generationen ein Ereignis von allergrößter Bedeutung. Und das nicht nur wegen des Stolzes darauf, dass wir widerstanden, dass wir unter den Schlägen der mächtigsten Militärmaschine die tödliche Bedrohung von uns und vielen anderen abgewendet haben.

Der 1945 errungene große Sieg über den Faschismus hat das 20. Jahrhundert in zwei ungleiche Hälften geteilt. Die erste erteilte uns andere negative Lehren und endete in einer militärischen Katastrophe. Die zweite begann mit der in weiter Ferne schimmern- den Hoffnung, der Menschheit würde es gelingen, die ihr erteilten Lehren zu beherzigen und eine neue Welt zu schaffen – humaner und gerechter als die alte. Das waren die Gefühle, die im unvergessenen Mai 1945 Millionen begeisterter Bürger auf die Straßen Europas und anderer Kontinente führten.

Haben sich ihre Hoffnungen erfüllt? Die Frage zu beantworten, ist nicht leicht, obwohl der große Sieg schon sechs Jahrzehnte zurück- liegt.

Die positiven Folgen des Sieges über den faschistischen Staaten- block sind augenscheinlich. Das Streben nach Weltherrschaft endete für dessen Protagonisten und diejenigen, die sich mit ihnen verbündet hatten, in der Katastrophe. Die von ihnen besetzten Länder wurden befreit. Ganze Völker wurden vor physischer Vernichtung bewahrt.

Seltener erinnert man sich an etwas anderes, nicht minder Wichti- ges: an die psychologische und moralische Befreiung all derer, die in dieser oder jener Form in den Strudel des weltweiten Ringens gera- ten waren. Denn eine Niederlage erlitten nicht nur die Aggressor- staaten, sondern auch das von diesen verfochtene faschistische (oder, breiter gefasst: rechtsradikale) Wertesystem, das die Menschheit in eine »Herrenrasse« und in »Untermenschen« einteilte, die eigene Na- tion als »gotterwählt« hinstellte, die politische Macht einer »Aristo- kratie des Geistes« zur einzigen rationalen und erlaubten erklärte und als am besten geeignetes Mittel zu deren Aufrechterhaltung die unkontrollierte Anwendung von Gewalt postulierte.

Dass das Bewusstsein von Millionen von Menschen von diesem Wertesystem befreit worden war, spielte bei der Formierung der

Alexander Galkin – Jg. 1922; Prof. Dr., 1945 als Offizier der Roten Armee an der Befreiung Deutschlands vom Faschismus beteiligt; 1945-1949 Kulturoffizier in Berlin-Weißensee; Mitarbeiter des Instituts für Soziologie der Russländischen Akademie der Wissenschaften, Berater der Gorbatschow-Stiftung; zuletzt in UTOPIE kreativ: Sieben Jahre unter Jelzin. Eine Bilanz. Heft 107 (September 1999), S. 45-54.

Strategie und Politik in den ersten Nachkriegsjahren eine überaus wichtige Rolle. Aus der traurigen Erfahrung der Vorkriegsjahrzehnte und der sechs Jahre des Zweiten Weltkrieges erwuchs für die Gesellschaft, auch in den besiegten Ländern, eine Gesamtheit von Pflichtgeboten, die entsprechendes Handeln erforderten. Hunderte Millionen von Menschen aller Kontinente hatten die Hoffnung, der große Sieg im Mai 1945 werde dazu führen, dass die Nachkriegswelt eine Welt ohne Kriege und Aggressionen sein wird. Sie wollten eine Weltordnung, die sich grundsätzlich von der der Vorkriegszeit unterschied. Damals hatte man weder das Wiedererstehen aggressiver Kräfte verhindern noch Wege zur Regulierung – oder wenigstens Lokalisierung – der sich verschärfenden und in weltweite Kampfhandlungen hinüberwachsenden Konflikte finden können. Jetzt sollte das anders werden.

Darum kam es zur Beschlussfassung über eine ganze Reihe internationaler Übereinkommen, die die Schaffung neuer internationaler Institutionen vorsahen und die Anwendung wie auch die Androhung von Gewalt in den Beziehungen von Staaten verurteilten.

Zu einem wichtigen Element des gesellschaftlichen Bewusstseins wurde die Einsicht, dass die weitere Normalisierung der internationalen Beziehungen unmöglich sein wird, solange es koloniale Imperien gab, die einerseits aus allmächtigen Metropolen und andererseits aus im Elend versinkenden rechtlosen Kolonien bestanden. Diese Einsicht überwog zunehmend nicht nur bei den kolonisierten Völkern, die in einer Reihe von Fällen am Kampf gegen die Aggressoren beteiligt gewesen waren, sondern auch in den Metropolen der Imperien selbst. Das Ergebnis war der dann zwar noch Jahrzehnte andauernde, schließlich aber doch zu einem Ende kommende Zerfall des kolonialen Weltsystems.

Die Vorkriegs- und Kriegserfahrung mit dem faschistischen (rechtsradikalen) Modell der gesellschaftlichen Ordnung hatte Hunderten Millionen von Menschen – auch in den dem faschistischen Staatenblock angeschlossenen Ländern – überzeugend demonstriert, wie verderblich ein System ist, dessen Grundlage die Selbstherrlichkeit der Wenigen bei völliger Ignoranz des Volkswillens ist. Das hatten sogar diejenigen erkannt, die in den Vorkriegsjahren und in der ersten Etappe des Zweiten Weltkrieges dazu neigten, die Rechtsradikalen zu unterstützen. Eine der Folgen dieser Erfahrung wurde die allgemeine Verschiebung der politischen Sympathien nach links. Und das nicht nur in Europa. Dabei nahmen nicht nur die äußersten Rechten, sondern auch die gemäßigten Konservativen beträchtlichen Schaden. Offensichtlich erinnerten sich die Wähler daran, dass in der Vorkriegszeit viele Konservative nicht nur mit den Rechtsradikalen kokettiert, sondern in einer Reihe von Fällen diesen auch geholfen hatten, ihre Macht zu festigen.

Auf der geistig-psychischen Ebene schlug sich der Linksruck in den politischen Neigungen in einem Zuwachs an Sympathie für demokratische Regierungsformen nieder. In immer mehr Ländern erkannte man darin nicht nur ein mögliches Modell für das Funktionieren des gesellschaftlichen Organismus, sondern die einzig annehmbare Art und Weise seiner Existenz. Veränderungen in dieser Richtung realisierten sich nicht überall und nicht sofort. Doch blieb

die allgemeine Bewegung dahin über viele Jahrzehnte bestimmend. Anders gesagt: Auf der Ebene des gesellschaftlichen Bewusstseins war der Weg in eine bessere Zukunft gebahnt und freigeräumt.

Jedoch stießen die von besten Absichten geleiteten Hoffnungen schon bald nach dem Ende des Krieges mit der harten Wirklichkeit zusammen, wobei die Letztere die Oberhand behielt. Und obwohl der Einfluss dieser Hoffnungen auf den folgenden Gang der Ereignisse nicht ganz verschwunden war – sie mussten doch auf eine ferne Zukunft verschoben werden. Die Gegenwart unterschied sich immer mehr von der, die den Menschen in den Tagen des großen Sieges vorgeschwebt hatte. Die der Menschheit in ihrem Ganzen erteilten historischen Lehren waren wohl entgegengenommen worden, doch wurde ihr Inhalt nur teilweise realisiert.

Wenden wir uns diesen Lehren im Einzelnen zu.

Erste Lehre: Eine neue Weltordnung ist notwendig

Die Weltordnung – das ist in erster Linie ein System von Beziehungen der Gesamtheit souveräner Staaten. Da es bei dieser Gesamtheit im Unterschied zu den Einzelstaaten kein einheitliches führendes Zentrum gibt, das über allgemein anerkannte Mittel des direkten Zwanges verfügt, stützt sich das genannte System auf sanktionierte Rechtsnormen, juristisch ausgestattete Verträge und laufende Vereinbarungen. Eine der wichtigsten Bedingungen für deren normales Funktionieren bildet ein ausreichendes Niveau der Toleranz seitens derjenigen Kräfte, die die Weltordnung gewährleisten. Das Absenken dieses Niveaus unter das minimal Notwendige führt zu einer schweren Krise, in äußersten Fällen zum Zerfall der Weltordnung. Je komplizierter das die Weltordnung formierende System ist, umso höher das objektive Interesse seiner Einzelelemente an seiner Standfestigkeit, denn die Erschütterungen und umso mehr der Zerfall des Systems bergen die schwersten Folgen in sich.

Der erste Versuch, eine Weltordnung zu installieren, die den Anforderungen des 20. Jahrhunderts entspricht, war das System von Versailles nach dem Ersten Weltkrieg. Es hat ganz gewiss seinen Beitrag dazu geleistet, die Widersprüche und Konflikte zu regulieren, die in den ersten Nachkriegsjahren entstanden waren. Zugleich stand das Fundament, das diesem System zugrunde lag, auf schwankendem Boden.

Erstens umfasste der auf seiner Grundlage geschaffene Völkerbund lediglich den kleineren, vorwiegend reichen Teil der Welt. Der größte Teil der Welt aber, der kolonial abhängig war, blieb im Schatten der Weltpolitik. Mehr noch, das System von Versailles legitimierte und festigte die koloniale Abhängigkeit der Völkermehrheit.

Zweitens wurde nicht allen souveränen Staaten der gleiche Status eingeräumt. Sie waren eingeteilt in Gleichberechtigte (die Siegerstaaten der Entente – die USA und deren Verbündete) und in Nichtgleichberechtigte (das besiegte Deutschland, die Nachfolgestaaten von Österreich-Ungarn, Bulgarien, die Türkei) sowie Sowjetrussland.

Von Anbeginn war offensichtlich, dass ein auf solcher Grundlage geschaffenes System, das ständig das Bestreben hervorrief, die aufgedrängte ungerechte Ordnung zu verändern, instabil und vom Stand-

punkt einer langfristigen Perspektive nicht lebensfähig sein würde. In der Tat: Es bestand keine 20 Jahre und zerfiel unter den Schlägen derjenigen, die auf Revanche aus waren.

Eine handlungsfähigere und gerechtere Weltordnung, die den oben genannten Hoffnungen entsprechen würde, sollte das so genannte System von Jalta werden, das von den Führern der Antihitlerkoalition in den Jahren 1944/1945 ausgearbeitet worden war. Im Unterschied zum System von Versailles sah es vor, den internationalen Strukturen, die die Menschheit vor möglichen aggressiven Absichten schützen sollten, bestimmte Machtbefugnisse einzuräumen, und es war für einen größeren Kreis von Mitgliedern ausgelegt. Zugleich war es das Ergebnis eines Kompromisses und sehr weit entfernt von einer optimalen Variante, die es hätte werden können, aber nicht wurde. Es hat im Grunde – wenn auch nicht so eindimensional wie das von Versailles – das Prinzip der Einteilung von Ländern und Völkern in Sieger und Besiegte noch einmal aufgenommen.

Zudem war die Gestaltung der Nachkriegswelt an das Bündnis der drei Großmächte Sowjetunion, USA und Großbritannien gebunden, die die Hauptlast der Militäraktionen gegen den Aggressorblock getragen hatten. Vorausgesetzt war, dass dieses Bündnis sich als mehr oder weniger dauerhaft erweisen werde. Entsprechend sollte auch das Modell der Weltordnung mehr oder weniger dauerhaft bleiben.

Im Rahmen des Systems von Jalta wurde die Organisation der Vereinten Nationen geschaffen, es wurde eine Serie von Friedensverträgen abgeschlossen, die den Zweiten Weltkrieg formal beendeten, es kam zur Annahme einer Reihe positiver internationaler Rechtsakte, und es begann die Wiedergeburt Europas.

Die Geschichte hat dem System von Jalta jedoch nur wenige Jahre eingeräumt: Das Bündnis der Drei zerbrach schon nach kurzer Zeit.

Die Weltordnung, wie sie sich nach 1948, als der Kalte Krieg begann, entwickelte, unterschied sich wesentlich von derjenigen, die in Jalta angedacht war und in den ersten Nachkriegsjahren existierte. Stützte sich die ursprünglich konzipierte Weltordnung auf die Hegemonie der großen Drei, so gründete sich diejenige, die sie abgelöst hatte, auf eine grundsätzlich andere Kräftekonstellation: auf der einen Seite standen die USA, Großbritannien und eine Reihe weiterer Länder, darunter ihre früheren unversöhnlichen Gegner Deutschland und Japan; und auf der anderen die Sowjetunion und ihre Verbündeten. Und das Hauptprinzip, auf dem diese Weltordnung aufbaute, war nicht mehr das Bestreben, gemeinsam ein gerechteres System von Staatenbeziehungen zu gestalten, sondern die harte, auf Feindschaft und gegenseitige Zügelung gegründete, auf atomares Gleichgewicht gestützte Konfrontation.

In dieser nach dem Zerfall des Bündnisses der drei Großmächte entstandenen Weltordnung wirkten noch viele Beschlüsse, Festlegungen und Institutionen des Modells von Jalta nach, aber gleichzeitig gab es tief greifende Unterschiede.

Das Modell, das das von Jalta ablöste, sicherte im Verlauf von 40 Jahren eine relative Stabilität der Weltordnung. Zugleich provozierte es einen unbegrenzten Rüstungswettlauf. Dieser führte zu einer beispiellosen Anhäufung von Massenvernichtungswaffen, die alles Leben auf der Welt gleich mehrfach auszulöschen vermögen.

Damit gelangte die Menschheit in eine Sackgasse, aus der nur die Zerstörung des Systems als Ganzes herausführen konnte. Anders gesagt: Die Lehre Nr. 1 hat ihre Prüfung nicht bestanden.

Gegenwärtig stehen wir auf den Trümmern der vorangegangenen Weltordnung. Versuche, die Weltsituation zu ordnen, indem die stärkste und am meisten ambitionierte Großmacht USA ihre Alleinherrschaft aufrichtet, können das Chaos, mit dem wir es zu tun haben, nur verstärken.

Die Weltordnung, die es zu errichten gilt, muss sich grundsätzlich von der vorangegangenen unterscheiden. Der Bewegung in diese Richtung sollte eine gründliche Prüfung der vergangenen positiven wie negativen Erfahrungen vorausgehen.

Es muss das grundlegende Prinzip des internationalen Rechts wiederbelebt werden: geschlossene Verträge sind einzuhalten; die Wirksamkeit des in allgemein anerkannten Dokumenten fixierten Verbots der Anwendung und Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen muss erhöht und mit Strafsanktionen untermauert werden; die Praxis, nach der das für die einen Länder Verbotene und Unzulässige für andere Länder durchaus annehmbar und sogar positiv sei, muss ihr Ende finden.

Es ist notwendig, die in den letzten Jahren abgebrochene Abrüstung wieder aufzunehmen und weitere Staaten in sie einzubeziehen.

Den bestehenden internationalen Institutionen muss neues Leben eingehaucht werden, und es müssen neue geschaffen werden, um die Probleme zu lösen, die aus veränderten Bedingungen – zum Beispiel der Globalisierung der ökonomischen Beziehungen und auch der Sozialpolitik – erwachsen. Die ungerechtfertigte Schwächung nationaler staatlicher Institutionen, die vor neuen Problemen in der Innenpolitik stehen, muss verhindert werden, damit das Allgemeinwohl nicht Privatinteressen geopfert wird.

Nur dann werden wir die vom großen Sieg 1945 geborenen Hoffnungen tatsächlich verwirklichen können.

Die zweite Lehre: Internationale Stabilität erfordert die Gleichheit aller Länder und Völker

Der Zerfall des kolonialen Weltsystems im Gefolge des Zweiten Weltkrieges führte zu der Vorstellung, die Menschheit habe begonnen, die tief greifenden Unterschiede zwischen den weit entwickelten und den zurückgebliebenen Ländern und damit die Widersprüche zwischen diesen zu überwinden. Natürlich bedeutete die Beseitigung des überlebten kolonialen Weltsystems einen wichtigen Schritt nach vorn. Aber das war erst der Anfang. Der reale Gang der Ereignisse zeigte, dass ein Fortschritt in dieser Richtung zwar stattfindet, aber äußerst langsam und ungleichmäßig, und dass es gilt, ernsthafte Hindernisse zu überwinden, bevor er zu greifbaren Ergebnissen führen wird.

Nachdem die während der Kolonialepoche bestimmende juristische und politische Ungleichheit von Völkern beseitigt worden war, rückte die ökonomische Ungleichheit in den Vordergrund, deren Folgen nicht weniger tragisch sind als die der vorangegangenen. Die Spannung in den Beziehungen zwischen den hochentwickelten und den Entwicklungsländern verminderte sich insgesamt im Verlauf der

zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht. Das so genannte Nord-Süd-Problem nahm einen der vorderen Plätze auf der Skala der schärfsten Widersprüche in der heutigen Welt ein.

Etwas vergrößert kann das Staatenkonglomerat, das die zurückgebliebenen Länder (lange Zeit die »Dritte Welt« genannt) bilden, in zwei Hauptgruppen eingeteilt werden. Zur ersten gehören Staaten, deren Rückstand gegenüber den reichen Ländern trotz aller Anstrengungen nicht nur der alte blieb, sondern in einigen Fällen sogar noch größer wurde. Die zweite bilden Staaten, die ihre Distanz zur Zone der »goldenen Milliarde« etwas verkürzen konnten.

Beide Gruppen unterscheidet nicht nur der Entwicklungsgrad der ökonomischen Strukturen, der Umfang des inneren Bruttosozialprodukts, der Charakter des Massenkonsums, sondern auch der Typ sozialer und anderer Widersprüche. In den Ländern der ersten Gruppe äußern sie sich vergleichsweise primitiv und durchsichtig als Beziehungen zwischen Vermögenden und Nichtvermögenden. Die seit den 60er Jahren unternommenen Versuche, diese Länder zu modernisieren, haben den Graben nicht beseitigt, sondern ihn erst richtig sichtbar gemacht. Die Besonderheiten der sozialen Beziehungen in der zweiten Ländergruppe werden vom komplizierten Geflecht sozialer Wechselwirkungen bestimmt: Da verflochten sich die traditionellen, in Ländern der ersten Gruppe dominierenden Ordnungen mit den für den frühen Industrialismus typischen Formen und den »postindustriellen« Einflüssen aus den hochentwickelten reichen Ländern. Dabei dominieren die dem frühen Industrialismus eigenen sozialen Beziehungen, für die bekanntlich der Kampf um annehmbare Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft, um das in Gesetzen fixierte Arbeitsrecht, um die Rechtsgleichheit der Sozialpartner, um demokratische politische Institutionen charakteristisch sind.

Eine der Folgen der ökonomischen Ungleichheit zwischen den Ländern in der Welt ist heute der präzedenzlose Ausbruch des internationalen Terrorismus. Offensichtlich ist: Die ständige Quelle für Erbitterung, Unduldsamkeit, Hass ist das zunehmende Elend auf dem einen Pol der Erdkugel und das Anwachsen herausfordernden Reichtums auf dem anderen. Das ist der Boden, auf dem der Baum des Terrorismus wächst. Wenn dessen Triebe heute stärker werden, dann ist also der Boden dafür besonders fruchtbar geworden. Nicht zuletzt schuf die Globalisierung der Massenmedien die Möglichkeit, die eigenen Lebensumstände mit denen in besonders hoch entwickelten Ländern zu vergleichen, womit das Gefühl des eigenen Elends und der Unterdrückung vielfältige neue Nahrung erhielt. Zugleich nahm im Massenbewusstsein das Bild des Urhebers für dieses Elend – der reichen Länder, die es sich auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit des Planeten wohlergehen lassen – schärfere Konturen an.

Bisher reduzierte sich die Reaktion auf den unvergleichlichen Ausbruch des Terrorismus auf Gewaltaktionen polizeilichen Typs. Diese Orientierung ist perspektivlos. Da die Erscheinung tiefe ökonomische und soziale Wurzeln hat, muss der Kampf gegen den internationalen Terrorismus in erster Linie auf die Minimierung der Widersprüche und Konflikte, auf die Überwindung des ungerechtfertigten Abstands in den Lebensbedingungen verschiedener Völker

gerichtet werden. Es muss darum gerungen werden, die Globalisierungsprozesse so zu lenken, dass die Früchte des heutigen wissenschaftlich-technischen Fortschritts dem Wohlergehen aller Planetenbewohner zugute kommen. Notwendig ist, die Sozialpolitik international zu harmonisieren, um die vorhandenen Unterschiede im Preis der Arbeitskraft zu minimieren und somit die Quelle für die neue massenhafte »Völkerwanderung« versiegen zu lassen. Produktiv wäre es, wenn die einflussreichsten und finanziell stärksten Staaten ihre Anstrengungen vereinen würden, um internationale Programme zur Lösung der akuten Probleme, vor denen die menschliche Gesellschaft heute steht, zu schaffen und zu realisieren.

Mit anderen Worten: Auch die zweite Lehre des großen Sieges – die Notwendigkeit einer wahrhaften Gleichheit aller Länder und Völker – ist immer noch nicht beherzigt worden.

Die dritte Lehre: die Notwendigkeit einer nachhaltigen antifaschistischen Immunität

Entgegen den Hoffnungen, der große Sieg werde für immer mit Faschismus als Ideologie und politischer Erscheinung Schluss machen, stellten sich die Wurzeln dieses Systems als viel tiefer gehend heraus, als man es sich damals vorstellte. Nur wenige Jahre waren vergangen, als sich erneut frische Triebe zeigten, und zu Beginn des neuen Jahrtausends wurde er zu einer realen Bedrohung.

Für viele Millionen Menschen, die das Leid, die Erniedrigung und die Opfer der Jahre der faschistischen Herrschaft über Europa nicht vergessen haben, stellt sich die Frage: Was kann und was muss getan werden, um die Wiedergeburt und erst recht die Machtergreifung der Rechtsradikalen, in welcher Gestalt sie auch daherkommen, zu verhindern? Für eine Antwort ist es vor allem notwendig, die Ursachen der relativen Beständigkeit dieser gefährlichen Erscheinung offen zu legen.

Immer klarer wird: Der Rechtsradikalismus, seine besondere Form des Faschismus eingeschlossen, ist keine zufällige Infektion, sondern eine organische Krankheit, die wichtige Teile des gegenwärtigen gesellschaftlichen Organismus trifft. Ihr liegt die irrationale, unadäquate Reaktion eines Teils der Bevölkerung auf die äußerst scharfen Krisenprozesse zugrunde, durch die die gewohnten ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Strukturen zerstört werden. Die Besonderheit dieser Reaktion ist, dass sie sich in einer eigenartigen Lösung traditioneller rechtskonservativer Werte formiert.

Aus dieser Charakteristik lassen sich drei Postulate ableiten:

Erstens: Den Faschismus in der entfernten Vergangenheit zu suchen, wie das einige Forscher tun, ist sinnlos. Der Faschismus ist eine Erscheinung des 20. (vielleicht auch des 21.) Jahrhunderts. Er erwuchs aus dessen Problemen. Sollte keine positive Lösung dieser Probleme gefunden werden, so wird er auch die zukünftigen Generationen bedrohen.

Zweitens: Als Ideologie, Bewegung und Regime ist der Faschismus die Ausgeburt tief greifender Krisen, die die Gesellschaft erschüttern. Je tiefer gehend und schärfer die Krise, umso fruchtbarer der Boden, aus dem der Faschismus erwächst. Die endgültige Befreiung von der faschistischen Gefahr kann nur dann erreicht wer-

den, wenn die Krisensituation nicht eine Schein-, sondern eine wirkliche Lösung erfährt.

Drittens: Der Faschismus unterscheidet sich von gewöhnlichen, traditionellen Diktaturen dadurch, dass er seine Kraft aus der Massenbewegung des Protestes schöpft. Von daher ergibt sich die große Rolle faschistischer Organisationsstrukturen, die es vermögen, die krisenbedingte Unzufriedenheit der Bürger in die gewünschte Richtung zu kanalisieren.

Eine Massenbewegung benötigt gewöhnlich eine Ideologie, die in der Lage ist, in einer zugänglichen Form die Ziele und die dahin führenden Mittel zu benennen und ein Feindbild zu konstruieren, dessen Niederlage auf den Weg zum Erfolg führen würde. Eine solche Ideologie kann aus verschiedenen Wertesystemen schöpfen. Aber das rechtsradikale Wertesystem ist dafür besonders offen, weil es an die niedrigen Gefühle appelliert.

Da die zugespitzten Krisenprozesse in der heutigen Gesellschaft nicht verschwunden sind, sondern nur eine modifizierte Form annehmen, erhalten die Wurzeln des Faschismus ständig neue Nahrung.

Ein weit verbreiteter Fehler bei der Einschätzung der heutigen Situation und umso mehr beim Versuch, deren weitere Entwicklung zu prognostizieren, ist die Annahme, vergangene historische Erscheinungen würden in unveränderter Form wiederkehren. In Wirklichkeit gibt es eine solche Wiederkehr nicht, obwohl einige Merkmale historischer Erscheinungen heute zu Analogien veranlassen. Der ernsthafte Forscher sollte seine Aufmerksamkeit den Besonderheiten der heutigen faschistischen Gefahr, den neuen Formen der gesellschaftlichen Bedrohung zuwenden.

Das lehrt die westeuropäische Erfahrung nach dem Krieg. Die hier wiedererstandene rechtsradikale Bewegung weist zwei wesentliche Richtungen auf: die traditionalistische, die sich in der Nachfolge früherer faschistischer Bewegungen versteht und deren Autoritäten und Symbolik auf den Schild hebt; und die neuere, die nicht die Verbindung zur Vergangenheit akzentuiert, sondern sich den neuen Problemen zuwendet, mit denen die Gesellschaft zu tun hat. Im Laufe der Zeit hat sich gezeigt: Die wahre Gefahr stellen nicht die an den Rand gedrängten »Traditionalisten« dar, sondern die »Erneuerer«, die in einer Reihe von Ländern zu einer bedeutenden politischen Kraft heranzuwachsen.

Etwas Ähnliches ist im heutigen Russland zu beobachten.

Gewöhnlich wird angenommen, Russland sei gegenüber dem Faschismus immun. Dafür gibt es nicht wenige Gründe. Unzählige in der Schlacht mit dem deutschen Faschismus erlittene Verluste riefen in der russländischen Gesellschaft eine ablehnende Reaktion auf alles, was mit dem Faschismus verbunden war, hervor – seine Symbolik eingeschlossen. Aber die biologische wie die sozial-psychologische Immunität ist niemals absolut. Eine Reihe von Merkmalen gibt Anlass, festzustellen, dass sich die Immunität in Bezug auf den Faschismus in Russland abgeschwächt hat.

Formal gesehen ist die Situation in Russland nicht schlimmer als in einigen westeuropäischen Ländern, wo rechtsradikale Bewegungen sogar in Parlamenten vertreten sind. Stellen sie hier also keine

ernsthafte Gefahr dar? Die Anfechtbarkeit einer solchen Position besteht darin, dass sie die Fähigkeit faschistischer Bewegungen ignoriert, schnell an Einfluss zu gewinnen, wenn dafür günstige Bedingungen gegeben sind.

In westeuropäischen Ländern, auch dort, wo es einflussreiche rechtsradikale Bewegungen gibt wie etwa in Frankreich, Italien, Österreich, sind solche Bedingungen vorerst noch nicht herangereift. In Russland dagegen existiert ein Geflecht von Umständen, wie es seinerzeit andere Länder an den Rand eines faschistischen Umsturzes herangeführt und bei bestimmten Voraussetzungen dessen Erfolg gesichert hat.

Der erste dieser Umstände ist das langwierige ökonomische Chaos: jahrelange Zerstörung des Produktionspotenzials und massenhafte Armut. Die daraus erwachsende Unzufriedenheit wird zusätzlich vom Bruch der sozialen Strukturen genährt. Es entsteht ein eigenartiges Vakuum, das sich nicht unbedingt mit faschistischen Inhalten füllen muss, aber bei entsprechenden Bedingungen solche Inhalte einsaugen kann.

Der zweite Umstand verbindet sich mit der Krise des politischen Systems. Der offensichtliche Vertrauensverlust gegenüber den Regierenden lockert den Boden, auf dem rechtsradikale Triebe wachsen können.

Der dritte Umstand: Im gesellschaftlichen Bewusstsein verwurzelt sich das Gefühl der gekränkten Nationalwürde. Der Grund dafür ist der Zerfall der historisch gewachsenen Staatlichkeit, die Diskriminierung der russischen und russischsprachigen Bevölkerung in vielen früheren Sowjetrepubliken, der hochmütige Umgang mit russländischen Interessen im Ausland, darunter seitens der früheren Verbündeten und Partner. Die historische Erfahrung bezeugt: Die Rechtsradikalen profitieren davon.

Das Massenbewusstsein ist unfähig, die komplizierte und widersprüchliche Gesamtheit der Umstände, die die krisenhafte Entwicklung der Gesellschaft hervorrufen, zu verarbeiten. Unter Bedingungen der sich vertiefenden Krise, zumal wenn diese mit einer spürbaren Verschlechterung der Lebensumstände einhergeht, ist für dieses Bewusstsein zum einen das Bestreben typisch, einen konkreten Schuldigen für das bestehende Chaos ausfindig zu machen, und zum anderen die Ungeduld hinsichtlich erwarteter Verbesserungen – oder wenigstens des Versprechens solcher Verbesserungen.

Besonders stark werden solche Bestrebungen und Gefühle, wenn das Vertrauen zu den Regierenden ausgeschöpft ist. Da kommt es zu einer besonderen Empfänglichkeit gegenüber primitiven Erklärungen für den Gang der Ereignisse, äußerst einfachen Wegmarken der Vorwärtsbewegung, jedem Menschen verständlichen Problemlösungen. Vergrößert kann gesagt werden: Auf einem hohen Niveau der Krisenentwicklung öffnet sich das gesellschaftliche Bewusstsein gerne einigermaßen cleveren Politikastern. Das müssen nicht unbedingt Rechtsradikale sein, aber auch für sie öffnet sich ein breites Handlungsfeld.

Das Verstehen dessen, was wirklich vor sich geht, hilft, die Mittel zu bestimmen, die die negativen Folgen des Geschehens aufhalten. Am effektivsten wäre die Überwindung der Krisenprozesse, die die

massenhafte Unzufriedenheit hervorrufen. Es ist aber offensichtlich, dass dieses Problem nicht schnell gelöst werden kann. Zumindest aber kann man sich auf den Weg zu diesem Ziel begeben – und zwar so, dass die Bewegung und ihre ersten positiven Ergebnisse von denjenigen Bevölkerungsgruppen wahrgenommen werden, die von den Krisenprozessen besonders betroffen sind.

Nicht minder wichtig ist es, Maßnahmen zu ergreifen, die die während des Weltkrieges entstandene und infolge des großen Sieges gefestigte Massennimmtheit gegenüber dem Rechtsradikalismus (Faschismus) wiederherstellen. Dafür ist es notwendig, tatsächliche und nicht illusorische Lösungsmittel für die herangereiften Probleme anzubieten und ständig daran zu erinnern, welche Leiden der Faschismus seinerzeit den Völkern brachte und wie viel Blut die Befreiung von ihm gekostet hat.

Nur dann werden wir das moralische Recht haben zu behaupten, dass wir die dritte Lehre des großen Sieges nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat beherzigt haben.

Die vierte Lehre: Demokratie ist das beste der bekannten Mittel, gesellschaftliche Anliegen zu verwalten

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Zeit beispielloser Erfolge demokratischer Formen der Machtausübung. Im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges zerstoben viele faschistische und profaschistische Regimes. Der Zerfall des Kolonialsystems und nationale Revolutionen öffneten den Weg zur Demokratisierung vieler Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Staaten, die auf dem Territorium der früheren Sowjetunion entstanden, sowie Staaten Zentral- und Südosteuropas lehnten die staatsbürokratischen Formen des Regierens ab und gingen zu demokratischen Formen über.

Der Weg vieler Länder zur Demokratie war keineswegs einfach. Und doch gibt es Gründe festzustellen, dass eine der wichtigen Lehren des großen Sieges beherzigt wurde.

Seit den 80er Jahren zeigen sich jedoch bei der Entwicklung demokratischer Formen des Regierens Merkmale zunehmender krisenhafter Erscheinungen. Wo liegen die Ursachen? *Erstens* wirkten sich die Globalisierungsprozesse auf das innenpolitische Leben der Staaten aus. In der Geschichte sind demokratische Regierungsformen in nationalstaatlichem Rahmen entstanden – deren Unterspülung jedoch schwächt die demokratischen Mechanismen und öffnet die Tore für destabilisierende äußere Einflüsse. *Zweitens* nahmen Versuche zu, die Demokratie mittels des bloßen Imports westlicher Modelle zu entwickeln. Das wurde von vielen Völkern als äußerer Zwang empfunden und rief heftige ablehnende Reaktionen hervor. *Drittens* riefen demokratische Institutionen und Prozeduren zunehmend Enttäuschung hervor, besonders in denjenigen Ländern, wo sie von den regierenden Eliten lediglich für die Festigung der eigenen Herrschaft und zu Lasten des Allgemeinwohls genutzt wurden.

In Russland haben wir es insbesondere mit dieser dritten Ursache zu tun.

Die Enttäuschung über demokratische Regierungsformen, die zu einem festen Bestandteil des gesellschaftlichen Bewusstseins geworden ist, bedeutet zwar nicht die prinzipielle Absage an Demo-

kratie insgesamt. Jedoch steht außer Zweifel, dass die Erschütterung des Glaubens an ihre moralischen Grundlagen und ihre Effektivität das Interesse an alternativen, vor allem autoritären Regimes stimuliert hat. Dieses Interesse sollte zunächst nicht *überschätzt* werden. Es wirken in der russländischen Gesellschaft durchaus viele Faktoren, die den antidemokratischen (besonders den aggressiven rechtsradikalen) Tendenzen widerstehen. Keinesfalls aber darf dieses Interesse *unterschätzt* werden, denn es ist praktisch in alle gesellschaftlichen Schichten eingedrungen.

Weit verbreitet ist die Neigung zu autoritären Regierungsformen in der etablierten führenden Elite. Ein Teil dieser Eliten rechnet damit, im Falle des Übergangs zu einem autoritären Regime seinen mit unlauteren Mitteln erworbenen Reichtum zu behalten; ein anderer, die den Konkurrenten abgerungenen finanziellen Mittel zum eigenen Vorteil umzuverteilen; ein dritter Teil schließlich, die von ihm besetzten politischen und administrativen Positionen zu bewahren und zu festigen. Insgesamt ist die Orientierung dieser Gruppen auf eine »starke Hand« identisch.

Autoritäre Regierungsformen werden auch von großen Bevölkerungsgruppen unterstützt, darunter sowohl von Befürwortern wie von Gegnern des etablierten politischen Systems.

Mit einem autoritären Regime sympathisieren darüber hinaus weite Teile der geistigen Elite. Öffentliche Auftritte zu seiner Rechtfertigung, die noch vor wenigen Jahren auf stürmische Empörung stießen, werden heute als etwas Normales und Natürliches empfunden. Intellektuelle mit einem gefestigten demokratischen Ruf, die noch vor kurzem wutentbrannt jede Äußerung autoritärer Handlungen brandmarkten, erkennen heute verlegen und mit Einschränkungen deren Annehmbarkeit für Russland an.

Die möglichen Folgen des Übergangs zu einem autoritären Modell wären zum Beispiel ein Verlust an Effektivität bei Problemlösungen, eine Störung der Ausgewogenheit des gesellschaftlichen Organismus durch voluntaristische Entscheidungen oder ein Verlust an Informationen über real in der Gesellschaft ablaufende Prozesse mit der Folge, dass das Regime unfähig wird, strategische und konkrete Entscheidungen zu korrigieren. Eine der am schwersten wiegenden Folgen wäre die selektive Kaderauswahl, die sich nicht an Qualifikation, Fähigkeiten, moralischen Eigenschaften, sondern an persönlicher Treue, Fügsamkeit oder Dienstfertigkeit orientiert, was im Gefolge zu Ideen- und Initiativlosigkeit des Verwaltungsapparats führt.

Gestützt auf das im Lande noch vorhandene antiautoritäre Potenzial, kann einem siegreichen Vormarsch autoritärer Formen des Regierens durchaus entgegengewirkt werden, zumal dieses Potenzial durch eine Reihe objektiver und subjektiver Faktoren genährt wird. Dazu gehört die zunehmende Erkenntnis, dass das in den 90er Jahren etablierte Regierungssystem nicht mit Demokratie identisch ist und dass die Praxis des »wilden Marktes« nicht automatisch zu demokratischen Veränderungen führt; weiter auch die Tatsache, dass demokratische Prozeduren schon zu einem immanenten Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens geworden sind, was sich im politischen Verhalten der Bürger niederschlägt: Es wird das Recht auf Kritik an

den Machtausübenden in Anspruch genommen, Massenaktionen des Protestes bestimmen zunehmend das Alltagsleben.

Ein gewichtiger, vielleicht entscheidender Faktor des Widerstands gegen autoritäre Ansprüche wäre die Entwicklung eines breiten geistig-politischen Diskurses in der Gesellschaft: eines konstruktiven Vergleichs von Auffassungen und Positionen verschiedener gesellschaftlicher Kräfte als Mittel der Akkumulation ihrer Eigenarten und ihres Denkens. Ein solcher Diskurs könnte zu einem Mittel des demokratischen Zusammenwirkens der antiautoritär eingestellten Kräfte werden. Schon der Diskussionsprozess selbst würde eine Atmosphäre der Abwehr des autoritären Verhaltens und Regierens schaffen.

Auch die vierte Lehre des großen Sieges harrt also noch – sowohl in Russland wie auch anderswo – der weiteren Aneignung.

Das hier Ausgeführte mindert nicht die historische Bedeutung des großen Sieges vom Mai 1945. Es spricht lediglich dafür, dass sich nichts in der Geschichte automatisch vollzieht, dass die gegebenen Möglichkeiten noch nicht die Realität bedeuten und dass die freigeräumten Wege lediglich einen Impuls für zukünftige Generationen bilden. Bisher haben wir den 1945 erhaltenen Impuls nicht ausgeschöpft. Dies festzustellen, soll keine Selbstgeißelung sein, sondern eine Aufforderung zum Handeln.

Aus dem Russischen übersetzt von ULLA PLENER